Haftung bei Schaden am Lehrerdienstgerät – Nutzung der IT-Infrastruktur der Schule

Verfahrensweise seit Juli 2022 bekannt, Umsetzung notwendig

Bei der Beschaffung und Bereitstellung von Lehrerdienstgeräten für die Kollegien konnte mittlerweile ein guter Istzustand erreicht werden. Die Dienststellen melden, dass den Lehrkräften, die ein Lehrerdienstgerät nutzen wollen, auch eines zur dauerhaften Nutzung zur Verfügung steht. Jedoch steht parallel zur Nutzung immer auch die Frage der Haftung bei eventuellen Schäden am Gerät im Raum. Leider wurden in den vergangenen Jahren insbesondere während der hektischen Beschaffungsphase von Hardware in der ersten Hälfte der Corona-Pandemie von einzelnen Dienststellen und häufig sogar auf Anweisung der Dienststelle von den einzelnen Lehrkräften einer Schule individuelle Versicherungsverträge bei Überlassung eines mobilen Endgerätes mit den unterschiedlichsten Versicherern geschlossen, die aktuell noch in Kraft sind. Der Hauptpersonalrat hat die zuständige Abteilung des Kultusministeriums bereits frühzeitig auf diesen Missstand hingewiesen und auf allgemeingültige Regelungen für alle Dienststellen zu diesem Thema gedrängt. Da es sich hierbei jedoch nur um einen Teilaspekt des Gesamtkonstrukts IT-Infrastruktur einer Schule handelt, hat es schließlich bis in den Juli des vergangenen Jahres gedauert, bis eine KMBek dazu im Ministerialblatt veröffentlicht werden konnte.

Unter dem Titel „Hinweise zur Nutzung der IT-Infrastruktur und des Internetzugangs an Schulen (Schulische IT-Infrastruktur und Internetzugang)“ wurde schließlich eine Bekanntmachung veröffentlicht, die auch die Frage der Haftung bei Schäden an den Lehrerdienstgeräten darstellt, wobei der Titel dies nicht unbedingt vermuten lässt. Eventuell ist dies ein Grund, warum die Regelungen noch nicht an allen Dienststellen bekannt sind und insbesondere nicht umgesetzt werden. Die Bedeutung des Schreibens ist aus unserer Sicht jedoch enorm, ist in dieser Bekanntmachung doch die Pflicht zur Erstellung einer Nutzungsordnung zur IT-Infrastruktur und des Internetzugangs unter Mitwirkung der örtlichen Personalvertretung aller Schulen enthalten.

Zunächst wollen wir aber den Abschnitt 2.8 angeben, der den Bereich Haftung erläutert:

„2.8 Haftung

1Im Falle eines Schadenseintritts an schulischen Geräten ist dieser umgehend dem von der Schule bzw. vom Schulaufwandsträger benannten Ansprechpartner zu melden.
2Bei mobilen Endgeräten, die Lehrkräften und sonstigem an der Schule tätigem Personal von der Schule zur Verfügung gestellt werden, handelt es sich um Lehr- und Arbeitsmittel, die in der Regel zum Schulvermögen gehören. 3Dies gilt allgemein und unabhängig davon, ob die mobilen Endgeräte in der Schule oder außerhalb eingesetzt werden. 4Im Falle eines Schadenseintritts kommt eine Ersatzpflicht der Lehrkraft bzw. des sonstigen an der Schule tätigen Personals nach den Grundsätzen der Drittschadensliquidation regelmäßig nur dann in Betracht, wenn eine vorsätzliche oder grob fahrlässige Sorgfaltspflichtverletzung vorliegt (vgl. § 48 Satz 1 Beamtenstatusgesetz (BeamStG) bzw. § 3 Abs. 7 TV-L). 5Ein unmittelbarer Amtshaftungsanspruch des geschädigten Schulaufwandsträgers gemäß § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG gegen den Freistaat Bayern besteht mangels Drittbezogenheit der Amtspflicht nicht. 6Eine über die gesetzliche Haftung hinausgehende Vereinbarung einer Haftung oder Schadensersatzpauschalierung ist regelmäßig unzulässig bzw. nach Maßgabe des § 134 BGB nichtig.
7Die Bereitstellung von Schülerleihgeräten darf nicht vom Abschluss einer Versicherung durch die Nutzerin oder den Nutzer bzw. die Erziehungsberechtigten abhängig gemacht werden. 8Gleiches gilt für mobile Endgeräte, die Lehrkräften und sonstigem an der Schule tätigem Personal von der Schule zur Verfügung gestellt werden.“

Laut § 276 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) handelt eine Person dann fahrlässig, wenn sie die erforderliche Sorgfalt und Vorsicht außer Acht lässt, die in einer bestimmten Situation als objektiv notwendig zu sehen ist. Zudem müssen die Folgen des unter Umständen sorglosen Verhaltens als absehbar und vermeidbar eingestuft werden. Die grobe Fahrlässigkeit liegt im Gegensatz dazu vor, wenn ein Schaden durch einfache und naheliegende Verhaltensweisen hätte verhindert werden

können. Man verletzt durch sein Vorgehen somit nach allen Umständen und in ungewöhnlich hohem Maße seine Sorgfaltspflicht (Beispiel: Wohnungstür bleibt beim Verlassen der Wohnung offen stehen und das Lehrerdienstgerät wird entwendet).

Da für Beamte der § 48 des Beamtenstatusgesetzes (und analog für Beschäftigte § 3 Abs. 7 TV-L) gilt, ist somit bei sachgemäßem Gebrauch der zur Verfügung gestellten Dienstgeräte der Schaden durch den jeweiligen Sachaufwandsträger zu regulieren und es besteht keine Pflicht zum Schadenersatz durch die Lehrkraft. Die bereits erwähnten geschlossenen Versicherungsverträge von Schulen oder der einzelnen Lehrkraft sind daher in der Regel aufzuheben.

Grundsätzlich enthält das Schreiben „Hinweise zur Nutzung der IT-Infrastruktur und des Internetzugangs an Schulen (Schulische IT-Infrastruktur und Internetzugang)“ neben den Grundregeln für die Nutzung Erläuterungen zu technischen und organisatorischen Vorkehrungen, insbesondere zur IT-Sicherheit, Ausführungen zum Medien- und Urheberrecht und zum Jugend- und selbstverständlich zum Datenschutz.

Für die Erstellung einer Nutzungsordnung hat sich die Schule und der örtliche Personalrat mit dem Muster einer Nutzungsordnung (als Anlage zur KMBek bereits vorhanden) auseinanderzusetzen, da es bestimmte Inhalte gibt, die zwingend in der Nutzungsordnung jeder Schule enthalten sein müssen. Ergänzend ist es jedoch unerlässlich, die Ordnung individuell auf die Gegebenheiten der einzelnen Dienststelle anzupassen. Das bereit gestellte Muster bietet dazu eine sehr gute und transparente Grundlage. Da die Nutzungsordnung unbedingt allen Nutzern bekannt sein muss, haben Schüler sowie Lehrkräfte und sonstiges an der Schule tätige Personal die Kenntnisnahme der erstellten Nutzungsordnung mit Unterschrift zu erklären (Muster für diese Erklärung sind ebenfalls im Anhang der KMBek zu finden).

Da damit künftig auch die Bereiche Nutzung privater Geräte in der schulischen Infrastruktur und Nutzung von Lehrerdienstgeräten für private Zwecke geregelt sind, hoffen wir, dass durch die vorhandenen Muster mit leistbarem Arbeitsaufwand vor Ort gute Regelwerke entstehen werden.

Quelle: KMBek vom 14.07.2022, AZ I.3-BO4000.0/45/59 mit Anlagen